

Rheinfelder Montagsdemo



**Liebe Montagsdemonstrantinnen und Montagsdemonstranten,
wir begrüßen Euch zur 271. Montagsdemonstration!**



Irene und Erika eröffnen gemeinsam die 271. Montagsdemo!

Milliarden Haushalt!

Es vergeht kaum ein Tag in dem wir über die Medien nicht damit konfrontiert sind, dass für Soziales immer mehr Geld ausgegeben werden muss und sich das ändern muss. Scheinheilig wird der Eindruck erweckt, als würden Steuergelder der Arbeiter und Angestellten für Sozialschwache verschwendet und müssten Langzeitarbeitslose verstärkt in Arbeit gebracht werden.

319,5 Mrd. € umfasst der in der vergangenen Woche verabschiedete gesamte Bundeshaushalt davon sind 143,2 Mrd. € für den Haushaltsposten Arbeit und Soziales. Ohne Zweifel ein dicker Brocken. Das meiste Geld stammt aus den Taschen der Arbeiter und Angestellten, so wie den indirekten Steuern wie Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer usw.

Von 100 € Steuern werden heute nur noch 14,45 € von den Unternehmen gezahlt.

Die großen Konzerne zahlen meist gar nicht mehr.

Vornehm wird verschwiegen was mit dem Sozialhaushalt tatsächlich alles finanziert wird.

Dazu gehören das Kurzarbeitergeld und die Verlängerung seines Bezugs von 12 auf 24 Monate. Diese Methode der Dämpfung der Krise wurde zum größten Teil von dem Beschäftigten getragen. Ende 2009 waren 810.000 Beschäftigten in Kurzarbeit und die Unternehmen kassierten dafür im letzten Jahr 2,975 Mrd. € Kurzarbeitergeld und 1,598 Milliarden € an Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen.



**13 Mrd. € als Ausgleich des Defizit der Bundesagentur für Arbeit
5,5 Mrd. sind Mehrausgaben für Arbeitslosengeld II weil die Massenarbeitslosigkeit in der Folge der Weltwirtschaftskrise angestiegen ist. Was anscheinend den Arbeitslosen zugute kommt ist zum größten Teil eine verdeckte Subvention für die Monopole.**

Neue Politiker braucht das Land! Mach mit! Auf zur Montagsdemo!

Jeden Montag - 18.00 Uhr - Oberrheinplatz

Rheinfelder Montagsdemo



Eine Mrd. Lohnsubvention für die Unternehmen stellen die zusätzliche Hatz IV Bezügen für die sogenannte Aufstocker dar. Von Juni 2008 bis Mai 2009 zahlte das Arbeitsministerium 531 Millionen € für Leiharbeiter.

Finanziert wird aus dem Sozialetat auch der Gesundheitsfonds, dessen erklärtes Ziel ist es die Unternehmerbeiträge an die Krankenkassen einzufrieren. Künftig sollen Erhöhungen alleine aus den zusätzlichen Beiträgen der Versicherten finanziert werden. Die Krankenkassen erhalten zusätzliche Zuschüsse von rund 10 Mrd. €

Die größte Position im Haushalt für Arbeit und Soziales sind Zuschüsse für die Rentenversicherung. Sie belaufen sich 2010 auf rund 80 Mrd. € und sorgen schon alleine im Interessen der Unternehmer für stabile Versicherungsbeiträge während die Versicherten über private Vorsorge zusätzlich zur Kasse gebeten werden.

Die staatliche Unterstützung für die Riester-Rente wurde 2009 auf 13,25 Millionen ausgeweitet. Laut einer Studie der Uni Bamberg landet diese Förderung teilweise bis zu 90 % in den Kassen der Anbieter, die dafür hohe "Produktionskosten" geltend machen.

Das Gesundheits- und Rentenwesen hat sich zu einer Quelle der Bereicherung der Konzerne auf Kosten des Staatshaushalts entwickelt.

Die "netzeitung" zitiert am 8.6.2005 den früheren Chef des Finanzdienstleister AWD Carsten Maschmeyer Zitat:

" Nach der Verlagerung von staatlichen zur privaten Altersvorsorge stehe die Finanzbranche vor dem größten Boom den sie je erlebt hat. Es ist ein Wachstumsmarkt über Jahrzehnte. Noch sei nicht alles Überblick bar wie alles geregelt wird, aber es sei so als wenn eine Ölquelle angebohrt wird.

Sie ist riesig groß und sie wird Sprudelt! " So die Aussage des früheren Chef des Finanzdienstleister AWD Carsten Maschmeyer



Die Aussage der Sozialstaat käme nur den Sozialleistungen zu gute ist eine Lüge. Tatsächlich sind der angebliche Sozialstaat, und damit auch sein Sozialetat, das Instrument der herrschenden Klasse. Einer der Hauptaufgabe des bürgerlichen Staates ist die Umverteilung des Nationaleinkommens zu Gunsten der Banken und Monopolen und zu Lasten der breiten Massen der Bevölkerung
Seit der Neuorganisation der internationalen Produktion(Globalisierung) also seit den 1990ziger Jahren übernahm der Staat die Rolle des ständigen Krisenmanagement für ihre ansässigen Monopole.

Sei es um die Rahmenbedingungen bei Übernahme von Investmenttätigkeit zu finanzieren, die entsprechende Gesetze und Vereinbarungen und nationaler und internationaler Ebenen auf den Weg zu bringen oder einfach um deren Ausdehnung in andere Ländern zu unterstützen und die sogenannten "Dienstleistungen" auf die Massen ihrer jeweiligen Länder abzuwälzen.

Es findet also auch innerhalb der staatlichen "Sozialausgaben" eine drastische Umverteilung zu Lasten der Finanzierung realer Bedürfnisse der Menschen und zu Gunsten der direkten oder indirekten Subventionen der internationalen Konzerne statt. Die Debatte über das ausufern der Sozialausgaben ist nur ein Vorwand um die gewaltigen Staatsausgaben für das Krisenmanagement auf die Bevölkerung abzuwälzen.

Neue Politiker braucht das Land! Mach mit! Auf zur Montagsdemo!

Jeden Montag - 18.00 Uhr - Oberrheinplatz